

Fünf Jahre Bürgerkrieg in Syrien

Kein Friede in Sicht und nur machtpolitische Lösungen scheinen noch einen Ausweg zu bieten

EDITORIAL

Die Zahl der Toten und Verletzten durch den Krieg in Syrien lag Ende 2015 bei 470.000, 45% der Bevölkerung wurde vertrieben, die Lebenserwartung sank auf 55,4 Jahre und 45,2% der Kinder gehen nicht mehr in die Schule. Das berichtet das Syrian Center for Policy Research (SCPR) in einer Studie, gefördert vom Entwicklungsprogramm der UN.

Alle Vermittlungsversuche scheiterten bislang. Keine Initiative konnte einen stabilen Waffenstillstand herbeiführen – weder eine UN-Resolution, noch die Arabische Liga, oder Vermittler wie Kofi Annan oder Lakhdar Brahimi.

Nur im Frühjahr 2016 nahmen für ein paar Wochen die Kampfhandlungen ab. Was war geschehen? Russland und die USA hatten ihre jeweiligen Verbündeten unter Druck gesetzt und das gemeinsame Vorgehen tat seine Wirkung. Könnte das die Lösung sein?

Daniel Müller zeichnet in seinem Standpunkt den Konflikt in Syrien nach, seine Anfänge, die beteiligten Akteure und ihre jeweiligen Interessen. Er zeigt, dass die USA und Russland trotz ihrer sehr unterschiedlichen Verbündeten und bisherigen Politiken gewichtige gemeinsame Interessen in der Region haben. Eine instabile Region im Nahen Osten bietet ein ideales Rückzugsgebiet und einen Nährboden für nicht-staatliche Akteure und radikal-islamischen Terrorismus. Das gefährdet die Sicherheitsinteressen beider Länder. Der Autor wägt ab, wie die beiden Großmächte Einfluss nehmen könnten, welche Hindernisse dagegen stehen und wie groß die Chancen sind, mit Machtpolitik eine diplomatische Lösung zu erzwingen. *Karin Hammer*



Die USA und Russland unterstützen unterschiedliche Konfliktparteien. Das hat bislang den Konflikt eher befeuert. Beide eint jedoch die Sorge vor einer Destabilisierung der Region und der mit ihr einhergehenden Terrorgefahr. Können sie sich vielleicht auf ein pragmatisches gemeinsames Vorgehen einigen, um die Region zu stabilisieren?

Foto: © dpa

Daniel Müller

Nach fünf Jahren Bürgerkrieg in Syrien brachte das Frühjahr 2016 einen Hoffnungsschimmer. Führende syrische Oppositionsgruppen hatten ein gemeinsames Verhandlungsgremium konstituiert, weitere Runden von Friedensgesprächen kamen in Gang, flankiert von einer Waffenruhe zwischen Regime und Oppositionsgruppen. Das Assad-Regime und Russland richteten ihre Angriffe vermehrt gegen extremistische Gruppen wie den sogenannten „Islamischen Staat“, die unter dem Druck an Boden verloren. Auch die USA und ihre Partner im Irak und in Syrien verzeichneten Erfolge gegen die Terrororganisation. Doch mittlerweile, im Sommer 2016, ist die Hoffnung auf einen Friedensprozess angesichts wieder aufgeflammter Kampfhandlungen und vorerst ausgesetz-

ter Verhandlungen erneut in weite Ferne gerückt. Zeit für eine Rückschau.

Entscheidend für die positiven Entwicklungen im Frühjahr 2016 waren weder der gute Wille der syrischen Konfliktparteien oder ihrer regionalen Verbündeten, noch multilaterale Diplomatie. Sie waren das Resultat einer Zusammenarbeit der USA und Russlands. Für die Zukunft deutet das an: Bessere Zusammenarbeit von Washington und Moskau bietet die größte Aussicht auf eine Entschärfung des syrischen Bürgerkriegs. Die folgenden Ausführungen sollen zeigen: Beim Syrienkonflikt scheiterte multilaterale Diplomatie bislang an der Uneinigkeit vieler beteiligter Parteien. Das syrische Regime ist zu vorbelastet und zu kompromissunwillig, um positive Impulse zu setzen. Die Opposition ist zu zersplittert. Und so sehr die Mithilfe regionaler Staaten, deren Zwiste den Bürgerkrieg in Syrien am

Leben halten und weitere Konflikte in der Region befeuern, zur Deeskalation gebraucht wird: Freiwillig wird sie nicht geleistet werden. Die außen- und sicherheitspolitischen (Neu-)Ausrichtungen einiger Staaten in der Golfregion deuten eher auf eine Verschärfung der Konfrontation hin. Eine Deeskalation in Syrien und der Region insgesamt kann derzeit nur durch diplomatischen Druck auf die Staaten der Region zustande kommen.

Die USA und Russland tragen Mitverantwortung an der aktuellen Lage. Moskaus und Washingtons Einfluss ist im Nahen Osten zudem zwar stets begrenzt gewesen. Trotzdem sind sie diejenigen Akteure, die am ehesten einen diplomatischen Prozess in Syrien in Gang setzen könnten.

Keine Diplomatie ohne Kooperationsbereitschaft

Viele diplomatische Initiativen hatten das Ziel, den Bürgerkrieg einzudämmen oder beizulegen. Bislang scheiterten alle am Unwillen der Konfliktparteien in Syrien und/oder an internationalen Meinungsverschiedenheiten und Interessenkonflikten. Zunächst legte die Arabische Liga (AL) im November 2011 einen Friedensplan vor, der u.a. einen Rückzug des syrischen Militärs aus Städten, die Freilassung von Regimegegnern, einen Dialog mit der Opposition und eine Beobachtermission vorsah. Trotz der Zustimmung der syrischen Regierung blieb die Initiative wirkungslos. Nach der Suspendierung von Syriens Mitgliedschaft im Januar 2012 erweiterte die AL ihre Forderung um einen Rücktritt Bashar al-Assads im Rahmen eines Übergangsprozesses. Das lehnte das Regime ab. Zweifel an der Neutralität der arabischen Initiativen waren erlaubt. Manchen arabischen Staaten war das alawitisch dominierte Assad-Regime mit dessen pseudo-säkularem Ba'athismus und seiner Nähe zu Iran stets ein Dorn im Auge gewesen. Der Entwurf der AL für eine entsprechende Sicherheitsratsresolution scheiterte im Februar 2012 am Widerstand Moskaus und Beijings.

Die Friedensdiplomatie verlagerte sich auf die internationale Ebene: Im Februar 2012 wurde Kofi Annan zum Sondergesandten der AL und der Vereinten Nationen ernannt. Sein Sechspunkteplan, der vom Sicherheitsrat mit den Resolutionen 2042 und 2043

bestätigt wurde, sah u.a. einen inklusiven Friedensprozess, eine durch die Vereinten Nationen überwachte Einstellung der Feindseligkeiten sowie humanitäre Hilfe vor. Das 2012er Genfer-Kommuniqué der „Action Group“, bestehend aus Vertretern der Vereinten Nationen, der Vetomächte, der AL, der Türkei und der EU, stellte sich hinter diese Forderungen und sprach sich für einen Übergangsprozess und damit implizit für einen Regierungswechsel aus. Das war aber nur möglich, weil das Dokument am entscheidenden Punkt, der Zukunft Assads und seiner Gefolgschaft in einem Übergangsprozess, bewusst unklar blieb. Ein Durchbruch war das nicht. Natürlich kann man sich zu Beginn von Verhandlungen zunächst Bereichen widmen, bei denen Aussicht auf eine Annäherung besteht. Gibt es aber bei den wirklich wichtigen Fragen gar keine Annäherung, fahren sich Verhandlungen letztlich doch fest. Einen guten Anteil am Scheitern der Diplomatie hatten mangelnde Unterstützung sowie Meinungs- bzw. Interessenkonflikte nicht nur der syrischen Konfliktparteien, sondern auch zentraler regionaler und internationaler Akteure. Seinem Frust darüber machte Annan in seiner Rücktrittsrede im August 2012 Luft, in der er beklagte, dass er „[a]ls ein Abgesandter [...] Frieden nicht mehr wollen [kann - DM] als die Protagonisten, mehr als der Sicherheitsrat oder die internationale Gemeinschaft.“⁴¹ Annans Nachfolger, Lakhdar Brahimi, war nicht erfolgreicher. Nach erfolglosen Konsultationsbemühungen in Syrien beraumte er weitere internationale Verhandlungen in Genf an. Auf Druck der USA und Russlands, die angesichts des Erstarken des IS einige ihrer Differenzen überwinden, nahmen an diesen Verhandlungen auch syrische Konfliktparteien teil. Auch Genf-II endete aber angesichts mangelnder Verhandlungsbereitschaft ergebnislos, und Brahimi trat ebenfalls zurück – angesichts einer „syrischen Nation, nahöstlichen Region und breiteren internationalen Gemeinschaft, die in ihrem Herangehen an eine Konfliktbeilegung hoffnungslos gespalten waren.“⁴² Saudi Arabien, die arabische Führungsmacht am Golf, war nicht einmal bereit, mit Brahimi zu sprechen.

Ob der im Juli 2014 berufene Sondergesandte der Vereinten Nationen, Staffan de Mistura, weiter kommt als seine Vorgänger, bleibt abzuwarten. Im Frühjahr 2016 schien es Hoffnung auf Fortschritte zu geben. Die

Formierung des „Hohen Verhandlungskomitees“ Anfang Dezember 2015 in Riad hatte der Opposition eine gemeinsame Stimme verschafft. Am 22. Dezember 2015 konnte sich der Sicherheitsrat auf Resolution 2254 einigen, die sich hinter die ersten Ergebnisse der Wiener Verhandlungen der International Syria Support Group (ISSG) stellte, einen Übergang gemäß Genfer Kommuniqué einforderte und Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien ab Januar 2016 anberaumte. Die Gespräche im Januar scheiterten zunächst an weiterhin kompromisslosen Verhandlungspositionen. Und auch als sich am 12. Februar 2016 auf der Münchener Sicherheitskonferenz die Mitglieder der ISSG auf eine Einstellung der Feindseligkeiten und humanitäre Hilfe innerhalb einer Woche einigten, geschah zunächst einmal wenig. Zehn Tage später jedoch verständigten sich die USA und Russland auf eine Durchsetzung des Abkommens und die Welt blickte verblüfft auf drastisch reduzierte Feindseligkeiten in Syrien. Die USA und Russland hatten ihre Partner in der Region offenbar gemeinsam unter Druck gesetzt, und die erreichte Waffenruhe gab folgenden Verhandlungen zumindest etwas Zeit und Raum.

Inzwischen ist dieser Hoffnungsschimmer Geschichte. Die Friedensgespräche blieben festgefahren, es gab auch diesmal keine Fortschritte bei der Aushandlung eines Übergangsprozesses und hinsichtlich der Rolle Bashar al-Assads. Ab April griffen das Regime und sein Verbündeten zunehmend wieder von Oppositionsgruppen gehaltene Gebiete an. Die Opposition zog sich aus der Verhandlungsrunde zurück, die im April ergebnislos endete. Das Scheitern der Friedensbemühungen im Frühjahr 2016 hatte, wie man sehen wird, viel damit zu tun, dass die effektive Zusammenarbeit Washingtons und Moskaus nicht von langer Dauer war.

Das Regime und die Entwicklung des Konflikts

Bei der Deeskalation des Konflikts kann man auf freiwillige Unterstützung seitens des Regimes nicht bauen. Dieses ist eher Ursprung der Probleme in Syrien, denn ein verlässlicher Partner bei deren Lösung. Als im Frühjahr 2011 weitgehend friedliche Proteste im Kontext des Arabischen Frühlings auch in Syrien begannen, ging es

„Action Group“ und Genfer Verhandlungen (2012-2014)

Die „Action Group“ wurde 2012 von Kofi Annan ins Leben gerufen. Sie ist ein Gremium von Akteuren mit einem Interesse an bzw. Einfluss in Syrien. Sie umfasste die Generalsekretäre der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga (AL), Vertreter der Permanenten Sicherheitsratsmitglieder, des Irak (im Vorsitz des Gipfeltreffens der AL), Kuwaits (im Vorsitz des Außenministerrats der AL), Katars (im Vorsitz des Folgekomitees der AL zu Syrien) sowie der EU. Das Treffen der „Action Group“ im Juni 2012 in Genf („Genf I“) operierte im Rahmen des Sechspunkteplans Annans bzw. der Sicherheitsratsresolutionen 2042 und 2043. Als Abschlussdokument wurde das Genfer Communiqué mit Leitlinien für einen Friedens- und Übergangsprozess verabschiedet. Bis heute ist das Dokument Grundlage folgender Verhandlungen, bleibt jedoch unimplementiert. Lakhdar Brahimi, Kofi Annans Nachfolger, beräumte für Januar und Februar 2014 eine neue Verhandlungsrunde an, die in drei Treffen in Montreux und Genf tagte („Genf II“). Die Genf II-Gespräche führten erstmals zu direkten Verhandlungen zwischen syrischen Konfliktparteien, erbrachten aber angesichts mangelnder Verhandlungsbereitschaft nur marginale Ergebnisse. Zu einem Eklat kam es, als Iran, dem eine Teilnahme angeboten worden war, auf Druck der syrischen Opposition und der USA durch den Generalsekretär ausgeladen wurde.

Vgl.: Lundgren, Magnus 2016: Mediation in Syria: Initiatives, Strategies, and Obstacles, 2011-2016 (April 30, 2016). Contemporary Security Policy. In Veröffentlichung. Verfügbar über <http://ssrn.com/abstract=2787157> (7.7.16).

den Protestierenden in erster Linie um sozio-ökonomische Anliegen wie den Kampf gegen Misswirtschaft, Repression, Korruption, staatliche Willkür und eine sich erweiternde Kluft zwischen Arm (Land) und Reich (Stadt). Den wenigsten Demonstrierenden ging es um die Absetzung des Regimes, gar um Demokratisierung. Auf die Straße gingen vielfach junge, gebildete Arbeitslose; es handelte sich *nicht*, wie vom Regime behauptet, um Extremisten, Terroristen oder ausländische Agenten.

Auch waren die ersten Proteste kein Zeichen aufbrechender konfessioneller Grenzen. In den Jahren vor der Eskalation des Bürgerkriegs galt das pluralistische Syrien vielen als Positiv-Beispiel für ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen, Religionen und Konfessionen. Dies änderte sich erst in Reaktion auf die Politik des Regimes. Dieses reagierte auf die Demonstrationen erratisch, mit einem Mix aus symbolischen Konzessionen und vagen Reformversprechen, zunehmend aber mit brutaler Repression. Das Regime entfachte den Bürgerkrieg nebst konfessioneller Gewalt und begünstigte das Erstarken jihadistischer Gruppen: Die Entsendung ala-witisch dominierter Sicherheitsdienste und Milizen zur Niederschlagung der Proteste sowie die Kooperation mit der schiitischen

Hisbollah und Iran taten das Ihre, um unter der sunnitischen Bevölkerung Syriens den Eindruck konfessioneller Gewalt entstehen zu lassen. Die Beschwörung, wenn nicht gezielte Inszenierung oder gar Unterstützung sunnitischen Terrors durch das Regime, verbreitete umgekehrt unter Syriens Minderheiten Angst und Schrecken.³ Die daraus resultierende Konfessionalisierung und Radikalisierung des Bürgerkriegs mochte das Ergebnis einer Überreaktion eines überforderten Regimes sein. Es gibt aber auch Hinweise darauf, dass das Regime die Strategie verfolgte, die Opposition zu delegitimieren und deren Zerschlagung zu rechtfertigen, sich sowohl den Syrern als auch der internationalen Gemeinschaft als einzige Alternative zu Terror und konfessioneller Gewalt zu präsentieren, und die Minderheiten Syriens notgedrungen an sich zu binden.⁴ So oder so: Es dauerte nicht lange, bis diese Politik Wirkung zeigte.

Die Oppositionsbewegung mutierte bis zum Frühjahr 2012 zum bewaffneten Aufstand, konfessionelle Gewalt nahm zu und es gab erste Massaker, so z.B. mutmaßlich von Regimekräften in Houla. Jihadistische Gruppen sickerten bis 2013 u.a. in Form des „Islamischen Staates im Irak“ (ISI), Vorläufer des sogenannten „Islamischen Staats“ (IS), sowie mit der al-Nusra-Front in den syrischen

Sondergesandte des UN-Generalsekretärs

Ein Sondergesandter („Special Envoy“) des Generalsekretärs der Vereinten Nationen ist ein Repräsentant des Generalsekretärs für spezielle Aufgaben. Berufen werden i.d.R. hochrangige Persönlichkeiten meist aus Diplomatenkreisen, die aufgrund ihrer Qualifikationen für die vorliegende Aufgabe als besonders geeignet gelten. Die Berufung erfolgt durch den Generalsekretär, ggf. im Auftrag eines UN-Hauptorgans, etwa des Sicherheitsrats. Das Kompetenzspektrum solcher Emissäre kann je nach Mandat äußerst breit sein, teils sind sie Leiter der UN-Operation, Verhandlungsführer und Verwaltungschef etwaiger UN-Übergangsverwaltungen in einer Person. Sie sind durch ihre diplomatischen und politischen Bemühungen zu einem wichtigen Instrument der friedlichen Streitbeilegung geworden. Mit Kofi Annan, Lakhdar Brahimi und Staffan de Mistura wurden bislang drei der renommiertesten und erfahrensten Unterhändler der Vereinten Nationen mit dem Bürgerkrieg in Syrien betraut.

Vgl. Lehmann, Volker 2007: Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen. Dialogue on Globalization, Fact Sheet, FES New York, July 2007 (Übersetzung), S.3, <http://bit.ly/29DXEQh> (7.7.16).

Bürgerkrieg ein. Auch eher „hausgemachte“ radikal-islamische Gruppen wie die Kata'ib Ahrar al-Sham formierten sich. Im Krieg ging das Regime jedoch nicht immer gezielt gegen jihadistische Terrorgruppen vor. Es ging de facto immer wieder Zweckbündnisse bzw. zumindest Nichtangriffspakte mit seinen radikal-islamischen Opponenten, auch mit dem IS ein. Sei es, um gemeinsam Syriens „gemäßigtere“ Oppositionsgruppen zu demontieren, den Terror als nützliche Ablenkung der Opposition bzw. der internationalen Gemeinschaft zu nutzen, oder um neben sich weiterhin nur eine Schreckens-Alternative bestehen zu lassen.⁵

Der konfessionelle Charakter des Bürgerkriegs und der zunehmende Einfluss radikal-islamischer Gruppen sind damit *Folge* der Politik des syrischen Regimes, nicht *Ursache* des Konflikts. Das Regime ist Ursprung der meisten Probleme in Syrien; es ist unwahrscheinlich, dass es diese freiwillig und in eigener Regie lösen wird. Zu den notwendigen Konzessionen für eine Verhandlungslösung – z.B. der Abdankung Assads – ist es nicht bereit. Und selbst wenn es sich kompromissbereit zeigte: Die terroristische Bedrohung und den Konflikt zwischen schiitischen und sunnitischen Staaten in der Region zu beenden, die es half zu entfesseln, hat es ohnehin nicht in der Hand.

Die Regimegegner: Zwischen Aufreißung und Radikalisierung

Auch seitens der Regimegegner sind kaum konstruktive Impulse zu erwarten. Die Landschaft der vom militärischen Nachrichtendienst der USA einst auf bis zu 1200 Gruppen geschätzten Regimegegner ist unübersichtlich und wandelt sich stetig.⁶ Zu einem Überblick verhilft eine Unterscheidung zwischen *revolutionären syrischen Oppositionsgruppen* und *von außen in den Konflikt eingewanderten Jihadisten mit internationaler Agenda*.⁷ Revolutionäre syrische Oppositionsgruppen gingen aus dem Volksaufstand hervor, verfolgen auch heute noch syrische Anliegen und zeigen Zurückhaltung bei konfessionell motivierter Kriegführung. Der britische Premierminister David Cameron bezifferte die Stärke dieser sogenannten „gemäßigten Opposition“ Ende 2015 auf ca. 70000 Kämpfer. Eine Einschätzung, die von Charles Lister geteilt wird, einem der weni-

Verhandlungsprozess der International Syria Support Group (ISSG) (seit 2015)

Staffan de Mistura setzte wie seine Vorgänger Kofi Annan und Lakhdar Brahimi Gespräche auf internationaler Ebene fort. Im Frühjahr 2015 tagten erste Gespräche in Genf, ab Oktober 2015 weitere in Wien. Nach Wien geladen waren Vertreter der Vereinten Nationen, der Arabischen Liga und der EU, aller permanenten Sicherheitsratsmitglieder sowie Ägyptens, Deutschlands, erstmals Irans, des Irak, Italiens, Jordaniens, Katars, des Libanon, Omans, Saudi Arabiens, der Türkei und der Vereinigten Arabischen Emirate. Diese Staatengruppe wird als International Syria Support Group (ISSG) bezeichnet. Auch die Verhandlungen der ISSG bemühen sich parallel um einen Waffenstillstand und einen Übergangsprozess gemäß Genfer Communiqué. Die Abschlusserklärung des Treffens im November 2015 in Wien sah dazu Verhandlungen zwischen dem syrischen Regime und möglichst breiten Teilen der Opposition vor. Das Vorgehen der ISSG wurde im Dezember 2015 durch die Sicherheitsratsresolution 2254 bestätigt und zum Fahrplan der Verhandlungen 2016. Nach einer gescheiterten Verhandlungsrunde im Januar verständigte sich die ISSG im Februar 2016 in München erfolgreich auf eine Einstellung der Feindseligkeiten. Weitere Verhandlungen blieben jedoch festgefahren und wurden angesichts wieder aufflammender Kampfhandlungen zunächst ausgesetzt.

gen genaueren Beobachter syrischer Bürgerkriegsfraktionen. Allerdings zerfallen diese Kräfte auf etwa einhundert Gruppierungen mit jeweils teils Dutzenden unterschiedlichen Fraktionen,⁸ die ideologisch von gemäßigten Oppositionskräften bis hin zu fundamentalistischen Kampfgruppen reichen. Ahrar as-Sham z.B. ist eine fundamentalistisch ausgerichtete Kampfgruppe und gilt sicher nicht mehr als „gemäßigt“. Angesichts ihrer auf (Groß-) Syrien fokussierten Agenda und ihrer ebenfalls syrischen Anhängerschaft wird man sie aber vermutlich nicht aus einem Übergangsprozess ausklammern können. Jene Oppositionsgruppen kämpfen speziell im Nord- und Südwesten des Landes mit Pro-Regimekräften um bevölkerungsreichere Regionen und stehen in Zentralsyrien dem IS gegenüber.

Von außen in den Bürgerkrieg eingewanderte Jihadisten verfolgen oft eine inter- bzw. transnationale Agenda: Ihr Kampf mag derzeit im Irak und in Syrien stattfinden, ihre Ambitionen sind aber oft entgrenzt. Vielfach fallen militante sunnitische Gruppen derzeit zudem durch ihren teils brutalen Kampf gegen andere islamische Konfessionen auf. Nach dem Ausbruch konfessioneller Konflikte im Irak und im syrischen Bürgerkrieg gewannen diese Fraktionen schnell an Aufwind, für Zulauf sorgten oft deren Kampfkraft und finanzielle sowie militärische Ressourcen. Der IS gilt dabei manchen Beobachtern als das Extrem des radi-

kalislamischen Jihadismus. Andere sehen in der Gruppe, die 2010 im Irak von ehemaligen Ba'ath-Offizieren und Parteikadern (originär keine radikalen Islamisten) unterwandert wurde, einen hoch-rationalen Apparat, der Ideologie strategisch als Mittel zur Verwirklichung teils profaner Ziele nutzt:⁹ z.B. zur Rekrutierung von Kämpfern, zur Legitimierung der Vernichtung von Gegnern und um Herrschaftsansprüche zu untermauern. Vermutlich stimmt beides; die Gruppe ist, in den Worten Volker Perthes, ein „totalitäres und gleichzeitig expansives und hegemoniales Projekt“.¹⁰ Derzeit hält der IS in Syrien vor allem Regionen im Zentrum des Landes, die mit Ausnahme eines Korridors entlang des Euphrat zu den bevölkerungsärmsten und kargsten Landesteilen Syriens zählen, und kämpft teils gegen das Regime, teils gegen Oppositionsgruppen. Die US-Regierung schätzte im Juni 2016 die Stärke des IS in Syrien und im Irak trotz hoher Verluste noch auf 18 000 – 22 000 Kämpfer.¹¹ Auf andere Art gefährlich ist die al-Nusra-Front. Diese agiert zwar im konfessionellen Konflikt gemäßigter, kämpft an der Seite revolutionärer Opposition und verzichtet meist auf die Besetzung von Territorien. Die „gewinnendere“ Taktik und schwere geografische Fassbarkeit, gepaart mit der internationalen Terrorstrategie des al-Quaida-Ablegers, machen al-Nusra aber zu einer internationalen Gefahr. Während der IS unter dem internationalen militärischen Druck zurückweicht,

gewinnt die al-Nusra-Front an Boden und gilt bereits jetzt als größte al-Quaida-Filiale aller Zeiten. Neben diesen prominentesten finden sich zahlreiche teils radikale Gruppen, die weniger klar vom Spektrum syrischer Revolutionsgruppen zu trennen sind. In einem Versuch, zwischen ggf. zu bekämpfenden Terrorgruppen und ggf. an Verhandlungen zu beteiligenden Oppositionsgruppen zu unterscheiden, trug die ISSG Ende 2015 eine Liste von 163 Gruppen zusammen, die unterschiedlichen ISSG-Staaten als terroristisch galten. Von einer Einigung ist die ISSG weit entfernt.¹² Da diese Gruppen oft in engem Verbund mit anderen Oppositionskräften kämpfen, ist es weder ideologisch noch geografisch leicht, in Syrien Terrorgruppen von (vielleicht radikalen) Oppositionsgruppen zu unterscheiden.

Die dritte Gruppe in Syriens Bürgerkriegsspektrum umfasst kurdische Milizen, die meist in enger Verbindung mit der PKK-nahen Partei der demokratischen Union (PYD) stehen, wie etwa im Falle der stärksten Gruppierung, den Volksbefreiungseinheiten (YPG). Zusammen mit den 2013 gegründeten Frauenverteidigungseinheiten (YPJ) wird die Stärke der YPG auf maximal 40 000 bis 50 000 Kämpfer/innen geschätzt, wobei sich die Zahlen stark nach eigenen Angaben der YPG richten.¹³ Auch kurdische Gruppierungen verorten sich nicht klar in der Oppositionslandschaft. Es ging ihnen stets darum, mit einem Zuwachs an Autonomie aus dem Machtvakuum im Irak und in Syrien hervorzugehen. Ein echtes Interesse daran, sich mit einer der Seiten im syrischen Bürgerkrieg zu assoziieren, hatten sie kaum. Kurdische Einheiten kämpften so fast immer gegen Jihadisten, teils mit bzw. gegen die Opposition, teils mit bzw. gegen das Regime, manchmal gegeneinander – aber immer in erster Linie für ihre eigenen Anliegen. Ihnen ist es gelungen, größere Gebiete im Nordwesten und Nordosten des Landes an der syrisch-türkischen bzw. der syrisch-irakischen Grenze zu sichern.

Auch die Gegner des Regimes sind keine verlässlichen Unterstützer eines Friedensprozesses. Einerseits, weil sie so pluralistisch sind, dass sie schwer als einheitlicher Akteur auftreten können: Die Konstitution des „Hohen Verhandlungskomitees“ ist nur ein erster Schritt hin zu besserer Koordination. Zudem gibt es innerhalb der Opposition radikale Fraktionen wie den IS und al-Nusra,

mit denen Frieden kaum denkbar ist.

Regionale Akteure

Was als innersyrischer Konflikt begann, ließ eine Reihe lokaler Konflikte aufbrechen. Es sind in vieler Hinsicht Zwistigkeiten zwischen Iran und von Saudi Arabien geführten arabischen (Golf-)Staaten, die den Bürgerkrieg in Syrien am Leben halten – es werden unterschiedliche syrische Konfliktparteien in ihrem Kampf gegeneinander unterstützt – und die Region an den Rand des Chaos bringen. Religion bzw. Konfession ist dabei nur ein Aspekt. Zwar geht der Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten mit einem Schisma einher, das es Fundamentalisten auf beiden Seiten ermöglicht, den jeweils anderen zum Häretiker zu erklären. Überlagert wird der konfessionelle Dissens aber von sehr weltlichen Konflikten, z.B. vom Kampf um regionale Vormacht und Einflussphären speziell zwischen Saudi Arabien und Iran, von der Angst vor iranischer Einflussnahme auf die inneren Angelegenheiten (instabiler) arabischer Staaten wie z.B. des Iraks oder Jemens, von Territorialstreitigkeiten zwischen Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) sowie von handfesten Bedrohungswahrnehmungen, die in eine Rüstungsspirale ausgeartet sind.

Das Resultat der Mixtur: Spätestens seit der islamischen Revolution 1979 in Iran, die die Schia auf die politische Bühne des Nahen Ostens brachte, wählten arabische (Golf-)Staaten vielerorts Revolutions-Export und iranische Agitation. Nach dem Sturz Saddams Husseins und angesichts der Einflussnahme Irans im Irak schließlich fürchteten manche arabische Staaten, so eine Warnung König Abdullahs II. von Jordanien aus dem Jahr 2004, die Entstehung eines von Iran dominierten „schiitischen Halbmonds“. Der wachsende Einfluss Irans u.a. in Syrien, im Libanon, im Irak, inzwischen im Jemen, sowie, vermeintlich, auf Schiiten in der Region insgesamt, wird als Bestätigung solcher Befürchtung wahrgenommen. Saudi Arabien, das andere Machtzentrum der Golfregion, positioniert sich als (golf-) arabischer Führungsstaat gegen den Einfluss Irans. Dies geschieht vermehrt auch militärisch, so z.B. im Jemen. Diese Politik tangiert allerdings nicht nur die iranische Einflussphäre in Syrien, dem Irak und dem Libanon. Auch die Brücke

Genfer Kommuniqué

Auszug aus Abschnitt II, „Klare Schritte des Übergangsprozesses“:

(...) Zu den wichtigsten Schritten eines jeden Übergangsprozesses gehören:

- Die Einsetzung eines Übergangs-Regierungsorgans, das in der Lage ist, ein neutrales Umfeld zu schaffen, in dem der Übergang stattfinden kann, und das umfassende Exekutivbefugnisse ausübt. Ihm könnten Mitglieder der derzeitigen Regierung, der Opposition und sonstiger Gruppen angehören, und es wird auf der Grundlage gegenseitigen Einverständnisses gebildet;
- Es ist Sache des syrischen Volkes, die Zukunft des Landes zu bestimmen. Alle Gruppen und Segmente der Gesellschaft in der Arabischen Republik Syrien müssen in die Lage versetzt werden, sich an einem Prozess des nationalen Dialogs zu beteiligen. Dieser Prozess muss nicht nur alle Seiten einschließen, sondern auch sinnvoll sein. Mit anderen Worten, seine wichtigsten Ergebnisse müssen umgesetzt werden;
- Auf dieser Grundlage kann eine Überprüfung der Verfassungsordnung und des Rechtssystems stattfinden. Das Ergebnis der Ausarbeitung der Verfassung würde der Billigung durch das Volk unterliegen;
- Sobald die neue Verfassungsordnung errichtet ist, wird es notwendig sein, freie und faire Mehrparteienwahlen zu den neu geschaffenen Institutionen und Ämtern vorzubereiten und abzuhalten;
- Frauen müssen in allen Aspekten des Übergangsprozesses umfassend vertreten sein.

Volltext unter: http://www.un.org/depts/german/sr/sr_13/sr2118.pdf (11.7.16).

zur Hisbollah scheint in Gefahr, für Teheran eine „rote Linie“ – die Gruppe gilt Iran u.a. als Abschreckungsinstrument gegen Israel. Die fragile Lage des Irak, die Virulenz und Persistenz der Bürgerkriege in Syrien und im Jemen, das durch die instabile Sicherheitslage begünstigte Erstarren radikalislamischer Gruppen, sind eng mit dem Konflikt beider Lager verbunden.

Eine Entspannung ist kaum in Sicht, das zeigt die von Saudi Arabien angeführte politische Neuausrichtung arabischer Golfstaaten. Die deutlich offensivere Außenpolitik König Salmans, die im regionalen Konflikt mit Iran nicht wie in der Vergangenheit in erster Linie auf (oft verdeckte) Diplomatie, sondern, wie z.B. im Jemen, auch auf militärisches Vorgehen setzt, lässt eher eine weitere Eskalation befürchten, als auf eine Stabilisierung der Region hoffen. Ein weiteres schlechtes Vorzeichen ist die Neuausrichtung gegenüber islamistischen Gruppen, zu denen arabische Golfstaaten meist ein ambivalentes Verhältnis pflegen. Saudi Arabien und die VAE tolerieren bzw. unterstützen etwa islamischen Fundamentalismus normalerweise nur so lange, wie dieser apolitisch bleibt und/oder sich dem Diktat Riads und Abu Dhabis unterwirft. Wer diese Grenzen überschreitet, wird zur innenpolitischen Gefahr und macht sich zum Gegner. Katar hingegen, das sich von Islamismus weniger bedroht fühlt, unterstützt seit jeher auch Gruppen wie die al-Nusra-Front und Ahrar as-Sham. Das alles wandelt sich gegenwärtig. Seit König Salmans offensiverer Außenpolitik räumt Saudi Arabien (gefolgt von den VAE) dem Kampf gegen den Einfluss Irans anscheinend Priorität gegenüber der Eindämmung mancher radikalislamischer Gruppen ein und nähert sich Katar an.¹⁴ Nun, da jene Golfstaaten sich endlich verständigten – lange hatten sie Syriens Opposition recht unkoordiniert unterstützt –, formierten sie z.B. das schlagkräftige Anti-Regime und Anti-IS Bündnis Jaish al-Fatah u.a. um radikal-islamische Gruppen wie Ahrar as-Sham und die al-Quaida-Filialen al-Nusra und Jund al-Aqsa. Von der Neuausrichtung am Golf profitieren eher nicht gemäßigte Kräfte. Das gilt sowohl mit Blick auf den Konflikt mit Iran, als auch für die Unterstützung islamistischer Gruppen.

Der NATO-Partner Türkei unterstützt (oder ignoriert zumindest) gemeinsam mit Katar bzw. auf Seiten der arabischen Golf-

staaten auch radikalislamische Oppositionsgruppen in Syrien. Diese haben für Ankara den Vorteil, dass sie sowohl gegen das Assad-Regime als auch gegen Syriens Kurden vorgehen, deren Vorteilsnahme an dem Machtvakuum in Syrien die Türkei mit allen Mitteln verhindern will. Eine weitere Rolle spielt, dass sich die Türkei als Schutzmacht der turkmenischen Bevölkerung in der syrisch-türkischen Grenzregion sieht. Nehmen die arabischen Golfstaaten und Iran das regionale Chaos wegen ihres Wettbewerbs billigend in Kauf, so geschieht das im Falle der Türkei im Kontext ihrer eigenen Schwierigkeiten im Umgang mit unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.

Die Staaten der Region sind Protagonisten des regionalen Konflikts; ohne ihre Mithilfe gelingt keine Deeskalation. Leider ergreifen diese aber kaum deeskalierende Maßnahmen. Die Region kann sich seit Dekaden auf keine inklusive Sicherheitsarchitektur verständigen, und gerade heute und im Falle Syriens, dem Zentrum der regionalen Auseinandersetzung, deuten die Zeichen eher auf eine Fortsetzung des Konflikts, denn auf Verständigung.

Moskaus und Washingtons innersyrischer Dissens

Auf internationaler Ebene blockiert die Uneinigkeit Russlands und der USA ein unterschiedenes Vorgehen gegen den Bürgerkrieg. Beide unterstützen unterschiedliche Konfliktparteien: Moskau das syrische Regime und seine Alliierten, Washington „moderate“ Oppositionsgruppen. Auf diplomatischer Ebene wehrt Russland Initiativen ab, die auf eine Schwächung des Regimes sowie auf das Diktat eines Übergangsprozesses abzielen und/oder eine von Moskau als illegitim angesehene Opposition in die Rolle eines Verhandlungspartners erheben. In Syriens komplexer Oppositionslandschaft sieht Moskau wenig Unterschiede zwischen Oppositionsgruppen und radikalen Kräften. Russlands Friedensdiplomatie zeigt sich in diesen Punkten meist ähnlich unnachgiebig. Im Jahr 2012 gab es allerdings einen Vorstoß Russlands, der Assads Rücktritt für einen inklusiven Übergangsprozess zur Disposition stellte. Der „Westen“, der auf eine Niederlage des Regimes spekulierte, ignorierte das. Auch mit Waffen und Ausrüstung unterstützte Mos-

Die Außenminister der USA und Russlands am 24. März 2016

Sergej Lawrow: „... we have agreed to organize a regular review of our relations in order to find mutually acceptable solutions on a number of issues. (...). Thanks to our cooperation on that basis, we have managed to move forward in overcoming or settling the Syria's crisis – Syrian crisis“

John Kerry: „we have seen (...) how engagement, how talking together, having a dialogue and putting to test each other's views and ideas can, in fact, yield positive results as it has in Syria (...)“

<http://m.state.gov/md255138.htm> (12.7.16)

kau das Regime, aber nie so massiv, dass es kriegsentscheidende Überlegenheit erreicht hätte. Erst als die neu formierte Rebellenallianz Jaish al-Fatah das Regime an den Rand einer Niederlage gebracht hatte, griff Russland im Oktober 2015 durch die Entsendung von (Luft-)Streitkräften in den Konflikt ein und wendete das Blatt. Russlands Luftschläge richteten sich dabei vielfach auch gegen sogenannte „gemäßigtere“ syrische Oppositionsgruppen, von denen damals die größte Gefahr für das Regime ausging. Es kündigte aber eine Reduzierung seiner Aktivitäten an, sobald die unmittelbare Gefahr abgewehrt war. Man konnte das als Votum für die laufenden Bemühungen um eine Verhandlungslösung werten, beobachtete allerdings bereits Ende April 2016 eine praktisch unverminderte Unterstützung des Assad-Regimes. Wenn auch in einem Maße, das diesem keine Kontrolle ganz Syriens in Aussicht stellt. Insgesamt zielt Russlands Politik, offensichtlich und erklärtermaßen, nicht unbedingt auf das politische Überleben speziell Assads oder einen vollständigen Sieg des Regimes ab. Vielmehr will sie die Demontage des Regimes (und mit ihm verbliebener staatlicher Strukturen) inmitten des Bürgerkriegs verhindern, ehe es zuvor eine (für Moskau akzeptable) konkrete Alternative gäbe.¹⁵ Da Russland keine solche zu sehen glaubt, gilt ihm Assads Regime bislang als das kleinstmögliche Übel für die Stabilität des Landes und seine dortigen Interessen. Die Argumentation ist nicht von der Hand zu weisen, aber der humanitäre Preis

für Russlands Politik ist hoch. Moskau hat den Krieg des Regimes vor Einflussnahme geschützt und sogar aktiv unterstützt.

Das Beispiel der USA zeigt aber, dass bisher angedachte Alternativen kaum besser sind. Washington ergriff früh Partei für die Opposition. Es war nicht nur ein moralisches Anliegen, das Regime für seine Taten zur Rechenschaft zu ziehen. Es steckte auch ein strategischer Gedanke dahinter: Wenn schon ein Ausgleich zwischen den Bürgerkriegsfraktionen die einzige Hoffnung auf Frieden ist, qualifiziert sich zumindest ein von Assad geführtes Regime kaum als Gesprächspartner der Opposition. Politisch war jedoch nach den Erfahrungen in Libyen ein vergleichbarer Eingriff in Syrien unmöglich. Eine substanzielle Unterstützung der syrischen Opposition z.B. mit Rüstungsgütern erfolgte aus berechtigter Sorge vor Proliferation nur zögerlich (bzw. über Drittstaaten in der Region). Die Opposition war durch die mäßige Unterstützung seitens der USA und ihrer „westlichen“ Partner, die nunmehr hauptsächlich auf eine Verhandlungslösung setzten, auf Unterstützung seitens anderer Akteure angewiesen; teils potenter radikal-islamischer Organisationen und/oder Geldgeber. Erst als 2013 Terrorgruppen vom Kaliber der al-Nusra-Front und des heutigen IS die Bühne in Syrien betraten, 2014 der IS den halben Irak überrannte, dabei die amerikanischen Waffen zweier irakischer Divisionen erbeutete und im Irak und in Syrien eine Fläche der Größe Großbritanniens eroberte, wurden entschiedenere Maßnahmen ergriffen. Im Irak wurden die Regierung in Bagdad und die Kurden recht erfolgreich aus der Luft und am Boden unterstützt. Anders in Syrien. Die geplante Identifizierung und Ausbildung „moderater“ Rebellen kam nie richtig in Fahrt. Es bleibt eine Luftkampagne, die völkerrechtlich auf einer wackeligen Basis steht bzw. de facto im Konsens mit dem Assad-Regime erfolgt. Hinzu kommt zur Bestürzung der Türkei inzwischen auch eine Unterstützung syrischer Kurdenmilizen. Für die syrische Opposition, der man eben *nicht* direkt half, war das Engagement zumindest nicht hilfreich. Dort, wo das Regime die Entlastung durch die Luftangriffe gegen den IS nutzte, um seine Kräfte ganz der Opposition entgegenzuwerfen, war es für die Opposition sogar schädlich. Denn die von Washington präferierte diplomatische Lösung für den Bürgerkrieg kam bislang eben kaum voran.

Washington und Moskau haben ihre Politiken lange schlecht oder gänzlich unkoordiniert parallel, wenn nicht gar gegeneinander betrieben. Damit haben sie internationales Handeln gelähmt und die Bürgerkriegsparteien im Kampf gegeneinander so unterstützt, dass sie ihren Konflikt weiterführen konnten. Unbeabsichtigte Konsequenz war eine weitere Verlängerung des Bürgerkriegs in Syrien. Als es im Frühjahr 2016 zu konstruktiver Zusammenarbeit kam, brachte diese die bislang beste Aussicht auf eine Deeskalation mit sich. Die Hoffnung starb jedoch, als die bekannten Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und Washington wieder die Oberhand gewannen: Ohne Einigkeit zwischen beiden hinsichtlich der Modalitäten eines syrischen Übergangsprozesses und Bashar al-Assads Rolle in diesem, gab es auch bei den Verhandlungen unter den Konfliktparteien keine Fortschritte. Und ohne Übereinkunft darüber, welche Kräfte von Regierung und Opposition als Bedrohung bzw. vielleicht als legitimer Verhandlungspartner gelten sollen, setzte sich der von unterschiedlichen Seiten unterstützte Kampf der Gruppen gegeneinander wieder fort.

Moskaus und Washingtons regionaler Wettbewerb

Neben unterschiedlichen Positionierungen im syrischen Konflikt stehen auch andere Aspekte einer Zusammenarbeit Moskaus und Washingtons im Weg. Beide waren stets über unterschiedliche Partnerschaften in der Region präsent. Traditionell pflegen die USA gute Beziehungen zu den arabischen Golfstaaten und zu Ägypten sowie zum NATO-Partner Türkei. Derzeit kommt allerdings Bewegung in die Beziehungen der USA in die Region. Das Verhältnis zu Ägypten ist seit der Absetzung der Regierung Mohammed Mursis durch Abd al-Fattah as-Sisi belastet. Die Entschärfung des Atomkonflikts mit Iran hat das Potenzial, einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Teheran und Washington den Weg zu ebnet und Iran zu einem einflussreicheren Spieler auf der regionalpolitischen Bühne zu machen. Beides rüttelt an den Beziehungen der USA zu den arabischen Golfstaaten, die eine Abkehr der USA von traditionellen Partnerschaften und ein Erstarken Irans fürchten. Russland ver-

High Negotiations Committee

Als Reaktion auf die von der International Syria Support Group (ISSG) geforderten Verhandlungen zwischen Regime und Opposition initiierten im Dezember 2015 die USA und Saudi Arabien, gefolgt von weiteren sog. „Freunden Syriens“ (u.a. Frankreich, Großbritannien, Katar, Türkei, Vereinigte Arabische Emirate), ein Treffen syrischer Oppositionsgruppen in Riad. Ziel war es, ein handlungsfähiges Verhandlungsorgan syrischer Oppositionsgruppen zu konstituieren. Trotz unterschiedlicher Präferenzen der Freunde Syriens sowie Russlands, dem man Mitspracherecht einräumte, gelang es, eine relativ repräsentative Teilnehmerschaft zu versammeln, einschließlich Vertretern bedeutender Oppositionsgruppen auch aus dem islamistischen Spektrum. Nicht eingeladen waren (aufgrund des Votums der Türkei) PKK-nahe kurdische Gruppen; ausgeschlossen waren auch Gruppen wie der IS und die al-Nusra-Front. Zwar kam es zu Kritik an der Zusammensetzung des Verhandlungsgremiums, dennoch gelang die Wahl des „High Negotiations Committee“ (HNC), des bislang tragfähigsten Verhandlungsorgans syrischer Oppositionsgruppen. Das HNC bestimmte auftragsgemäß für das Frühjahr 2016 Verhandlungsführer der Opposition. Diese zogen sich angesichts festgefahrener Verhandlungen und von Brüchen der Waffenruhe jedoch im April 2016 von den Verhandlungen zurück. Der Verhandlungsführer der Opposition, Mohammed Alloush, trat Ende Mai 2016 von seinem Amt zurück.

Lund, Aron 2015: Riyadh, Rumeilan, and Damascus: All You Need to Know About Syria's Opposition Conferences. Carnegie Endowment for International Peace 9.12.15, <http://carnegieendowment.org/syriaincrisis/?fa=62239> (7.7.16).



Juni 2016: Und wieder wird ein Wohnviertel in Schutt und Asche gelegt: Das Foto zeigt die Folgen eines Luftangriffs, vermutlich von Kräften des syrischen Regimes, in Douma nahe Damaskus.

Foto: © dpa

fügte lange Zeit nur noch über einen Partner in der Region: Syrien. Derzeit arbeitet Moskau allerdings wieder an seinen Beziehungen zu Ägypten und könnte dort Lücken füllen, die die belasteten Beziehungen zwischen Kairo und Washington öffnen. Darüber hinaus versucht Russland im Nahen Osten, seine Beziehungen zu Iran, dem Irak und den Kurdengebieten zu intensivieren. Gegenüber den arabischen Golfstaaten wirkt das Land immerhin auf einen pragmatischen Umgang mit dem Dissens um Syrien hin.¹⁶

Die Politiken der USA und Russlands gegenüber den Staaten der Region haben wenig mit gemeinsamen Werten und Prinzipien zu tun (einzige Ausnahme sind die Beziehungen zwischen den USA und Israel). Die meisten US-Amerikaner assoziieren nahöstliche Monarchien eher mit Menschenrechtsverletzungen als mit Partnerschaft und identitärer Nähe. Auch Russlands Führung pflegte zum Regime in Damaskus stets eher ein Zweckbündnis. Islamismus jeder Couleur schließlich ist beiden Mächten höchst suspekt.

Wenig relevant sind auch Wirtschaftsinteressen. Zwischen 2011 und 2015 machten Exporte an Staaten des Golf-Kooperationsrats (Gulf Cooperation Council, GCC) jährlich nur ca. 2% des Exportvolumens der USA aus.¹⁷ Russlands wirtschaftliche Interessen gegenüber Syrien sind noch marginaler. 2011 gingen 0,4% der russischen Exporte nach Syrien; inzwischen sind es nur noch 0,05%.¹⁸ Gleichzeitig investiert Russland in Syrien in Milliardenhöhe – Russlands Beziehungen zu Syrien sind sicher ein finanzielles Verlustgeschäft. Im Bereich Ressourcen sind die USA (angesichts steigender eigener Fördermengen) und Russland beide als Förderländer sowie über den Umweg der von Rohstoff-

preisen abhängigen Märkte von der Export- und Preispolitik der Golfregion betroffen. Der regionale Konflikt hemmt hier wichtige Kooperationen und Koordinationen und ist für beide schlecht fürs Geschäft. Relevantere Partikularinteressen mag es im Rüstungsreich geben. Die USA haben zwischen 2011 und 2015 Rüstungsgüter im Wert von 11,6 Milliarden USD an die GCC-Staaten geliefert, beinahe ein Viertel ihrer weltweiten Rüstungsexporte in diesem Zeitraum.¹⁹ Für Russland hingegen sind Rüstungsexporte nach Syrien inzwischen ein zu vernachlässigender Faktor. 2011 lieferte Russland noch Rüstungsgüter von 282 Millionen USD nach Syrien, damals ca. 8% des Gesamtvolumens russischer Rüstungsexporte. Das Volumen ist inzwischen gegen Null gesunken, und auch in naher Zukunft dürften für die russische Rüstungsindustrie keine Gewinne in Syrien mehr zu erwirtschaften sein.

Eine größere Rolle dürften Machtkalküle spielen. Beide Staaten stecken im Nahen Osten ihre Einflussbereiche ab. Die USA zeigen in der Region seit dem Golfkrieg 1990/91 massiv militärisch Präsenz. Derzeit sind bis zu 15 000 US-Soldaten in Kuwait, ca. 7 000 Soldaten in Bahrain, ca. 5 000 Soldaten in den VAE sowie bis zu 10 000 Soldaten in Katar stationiert. Hinzu kommen Kontingente in Oman und Saudi Arabien. Im Rahmen des Kampfes gegen den IS werden zudem Einheiten in Jordanien (ca. 1 500 Soldaten) und dem Irak (bis zu 3 500 Soldaten) verstärkt.²⁰ Die Fünfte Flotte der US-Navy (stationiert im Nahen Osten) operiert mit über 30 Schiffen einschließlich einer Trägergruppe in der Seeregion. Demgegenüber betrieb Moskau bis zu seiner militärischen Unterstützung Assads ab September 2015 lediglich in Syrien

eine (sehr) kleine Marinebasis bei Tartus. Inzwischen unterhält Russland neben Kräften auf der Luftwaffenbasis Hmeim anscheinend zahlreichere Kontingente über das Land verstreut.²¹ Es bleibt abzuwarten, ob Russland seine Präsenz in Syrien ausbaut und längerfristig aufrechterhält. Russlands Engagement hat aber vor allem politische Wirkung. Moskau hat nicht nur den Fall des Assad-Regimes verhindert. Es hat auch bewiesen, dass es willens und in der Lage ist, im Nahen Osten als Ordnungsmacht aufzutreten.

Im Nahen Osten mag also ein Wettbewerb Russlands und der USA um regionalen Einfluss stattfinden. Dieser schließt Kooperation zwischen beiden Mächten aber nicht zwingend aus. Es war in der Region stets genügend Raum für die Ambitionen und Interessen beider Staaten; im Nahen Osten fanden sich lange Zeit bereitwillige Partner beider Großmächte. Tatsächlich waren Washington und Moskau beide sogar zur Zeit des Kalten Krieges darauf bedacht, regionale Konflikte zwischen ihren Partnern unter Kontrolle zu halten, ehe sie sich ausbreiten – und vielleicht sogar zu einem Konflikt zwischen beiden Großmächten selbst führen.

Moskaus und Washingtons ordnungspolitischer Konflikt

Gewichtigere Gründe für die Uneinigkeit der USA und Russlands als jene zuletzt genannten dürften derzeit auf ordnungspolitischer Ebene liegen. Washington mag einerseits in dem von Assad geführten Regime das größte Hindernis für eine Stabilisierung Syriens sehen und sich deshalb schon aus rein strategischen Gründen gegen dieses gestellt haben. Die USA folgen damit aber gleichzeitig auch der in der Schutzverantwortung („Responsibility to Protect“) und in humanitären Interventionen verkörperten Idee, die Respektierung von Souveränität und Nichteinmischung von einem Mindestmaß guter Regierungsführung abhängig zu machen. Aus US-amerikanischer Perspektive hatte Assad nach 2011 schnell sein Recht auf Regierungsführung verwirkt; ein Eindruck, der sich angesichts gravierender Menschenrechtsverletzungen, schonungsloser Kriegführung gegen Zivilbevölkerung und des Einsatzes chemischer Waffen noch verstärkt hat. Russland hingegen sieht die Beschneidung von Souveränitätsrechten und des Interventions-

verbots (zumindest dort, wo es nicht Urheber solcher Politik ist) grundsätzlich mehr als kritisch, lehnt entsprechende Vorstöße entweder ab oder fordert, dass humanitäre Interventionen bzw. ein Handeln unter der Schutzverantwortung ein Sicherheitsratsmandat sowie die Zustimmung des jeweiligen Staates voraussetzen. Moskaus Haltung in Syrien verteidigt in gewisser Weise Souveränitätsrechte sowie das Interventionsverbot und damit Grundfesten internationaler Stabilität und Ordnung sowie des Völkerrechts. Moskau kann seine Haltung zudem mit Erfahrungswerten untermauern. Der Irakkrieg 2003 mit seinen Nachwehen sowie der Einsatz der NATO in Libyen gehören zu den Ursachen der heutigen Instabilität der Region. Beides waren Fälle, in denen Souveränitätsrechte und das Interventionsverbot verletzt bzw. per Sicherheitsratsresolution aufgehoben worden waren. Nahe am Interventionsverbot angelagert ist das Gebot der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten. Moskau reagiert hier schnell allergisch, was sicher auch daran liegt, dass es vielerorts westliche Konspiration wittert: Offenbar bis hinein in die höchsten Ebenen der russischen Politik werden die Farbrevolutionen in postsowjetischen Staaten, Elemente des Arabischen Frühlings, teils auch die politischen Proteste in Russland 2011/12, als Produkte westlicher Subversion und Intrigen interpretiert. Nicht zuletzt fürchtet Russland, dass eine Verknüpfung von Legitimität und Souveränität irgendwann gegen Moskau selbst gewendet und so die Stabilität der russischen Regierung gefährdet werden könnte.²² Russland versucht daher vehement, „westlicher“ Einflussnahme in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten Riegel vorzuschieben. Vor die Wahl gestellt, eine Umgehung des Interventionsverbots bzw. des Gebots der Nichteinmischung sowie eine Intervention bzw. Einflussnahme zugunsten einer fragwürdigen Opposition zuzulassen, oder aber das Regime zu stützen, entschied sich Moskau bislang klar für letzteres.

Jenseits von Kalkülen hinsichtlich der Lage in Syrien selbst sind es wohl diese Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf fundamentale internationale Ordnungsprinzipien, verbunden mit einer gehörigen Portion Misstrauen, die besonders auf russischer Seite die Uneinigkeit der beiden Großmächte in Bezug auf Syrien erklären.

Korridor für Kooperation zwischen Russland und den USA

Sicherheitsinteressen gelten mit als die wichtigsten Anliegen aller Staaten. Und wenn es zwischen den USA und Russland Meinungsverschiedenheiten über die Strategie in Syrien und Ordnungsvorstellungen, Ressentiments und auch konkurrierende Ambitionen im Nahen Osten geben mag, so ist in zwischen in der Region ein Sicherheitsrisiko entstanden, das beide Staaten direkt tangiert. Russland und die USA können vielleicht die territorialen Gewinne des IS in Syrien und im Irak zunichtemachen. Damit sind der Staatszerfall in der Region und mit ihm die grassierende Bedrohung durch nichtstaatliche Akteure jedoch nicht besiegt. Nach dem Irak und Syrien sind bereits Libyen und der Jemen ins Chaos gestürzt. Die Türkei wird bereits von Unruhen erfasst und zum Ziel von Terroranschlägen, mittelfristig könnten der Libanon und Jordanien destabilisiert werden. Zu groß ist die Sorge, dass noch mehr instabile Staaten zu Rückzugsräumen für internationalen Terrorismus werden; zu nahe liegt die Region an der russischen Interessensphäre; zu bedeutend ist die regionale Sicherheitslage für die Partner speziell der USA; zu rohstoffreich ist die Region, um nicht unter Handlungsdruck zu geraten. Dass die USA und Russland im Frühjahr 2016 ungewohnt gut zusammengearbeitet haben, mag daran liegen, dass fünf Jahre Bürgerkrieg in Syrien gezeigt haben, dass die Politiken beider Staaten parallel bzw. gar gegeneinander betrieben nicht weiterführen als bis zum Status quo. Und der ist für beide nicht zufriedenstellend: Weder Russland noch die USA sind alleine in der Lage, die Situation politisch und/oder militärisch entscheidend zu verbessern. Unkoordiniertes Vorgehen und die Unterstützung unterschiedlicher syrischer Gruppierungen im Kampf gegeneinander haben vielmehr überhaupt erst zur Verschärfung und Ausbreitung des Bürgerkriegs geführt. Für Russland kommt hinzu: Derzeit überdauert das syrische Regime nur am militärischen und politischen Tropf Moskaus. Sich glaubhaft als Unterstützer eines gesamt-syrischen Übergangsprozess zu profilieren, könnte der günstigste Weg für Russland sein, in Damaskus wieder einen überlebensfähigen Partner zu finden.

Anmerkungen

- 1 Opening remarks by Kofi Annan, Joint Special Envoy for Syria, at press conference – Geneva: <http://bit.ly/29xfcm2> (1.4.16), eigene Übers.
- 2 Syria: UN-Arab League envoy Brahimi resigns: <http://bit.ly/29EVdTq> (1.4.16), eigene Übers.
- 3 Siehe z.B. International Crisis Group (ICG) 2012: Syria's Phase of Radicalization, in: Crisis Group Middle East Briefing 33, 3ff.
- 4 Vgl. z.B. ICG 2011: Popular Protest in North Africa and the Middle East (VI): The Syrian People's Slow-Motion Revolution, in: Crisis Group Middle East/North Africa Report 108, 4f; ICG 2011: Popular Protest in North Africa and the Middle East (VII): The Syrian Regime's Slow-Motion Suicide, in: Crisis Group Middle East/North Africa Report 109. ICG 2012: Syria's Mutating Conflict, in: Crisis Group Middle East Report 128, 1; ICG 2012: Tentative Jihad: Syria's Fundamentalist Opposition, in: Crisis Group Report 131, 1,8.
- 5 Reuter, Christoph 2015: Die schwarze Macht: Der "Islamische Staat" und die Strategen des Terrors. Ein Spiegel-Buch, Deutsche Verlags-Anstalt E-Book, Kap. 4.
- 6 U.S. Intelligence Official Says Syrian War Could Last for Years: <http://nyti.ms/29DYgW9> (13.4.16).
- 7 ICG 2015: New Approaches in Southern Syria, in: Crisis Group Middle East Report 163.
- 8 Lister, Charles 2015: Yes, there are 70,000 moderate opposition fighters in Syria. Here's what we know about them, <http://bit.ly/1Oh328F> (8.4.16).
- 9 Reuter, Christoph 2015: Die schwarze Macht: Der "Islamische Staat" und die Strategen des Terrors. Ein Spiegel-Buch, Deutsche Verlags-Anstalt E-Book.
- 10 Perthes, Volker 2015: Das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen: Ein Essay. Frankfurt am Main, Suhrkamp, S. 105.
- 11 Witness Statement of Brett H. McGurk, Special Presidential Envoy for the Global Coalition to Counter ISIL 2016: Testimony Before the Senate Foreign Relations Committee on "Global Efforts to Defeat ISIS". <http://bit.ly/29Ui2iB>, S. 9 (7.7.16).
- 12 Miles, Tom/Irish, John 2016: Syrian terrorist list produces 163 names and no agreement. Reuters, 17.3.2016, <http://reut.rs/1PQQHdc> (7.7.16).
- 13 Barfi, Barak 2015: Kurds Now Our Best Ally Against ISIS in Syria. Policy Analysis, The Washington Institute, <http://bit.ly/29RH3LF> (25.7.16).

Fortsetzung auf S. 11

Kommen die USA und Russland zu der Einsicht, dass eine Zusammenarbeit als bester, wenn nicht einziger Weg bleibt, um einige ihrer vitalen Sicherheitsinteressen zu verfolgen, hat Kooperation eine Chance. Moskau und Washington arbeiten ja beide auf ein stabiles, geeintes Syrien hin – nur die Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Modalitäten eines Übergangsprozesses erschweren die Kooperation bislang: Washington und Moskau müssen sich bezüglich der Rolle Bashar al-Assads, hinsichtlich der Frage, welche Oppositionsgruppen an einem Friedensprozess beteiligt (und welche bekämpft) werden sollen, sowie über die Art und Weise einer Einflussnahme auf syrische Politik einigen. Zumindest der grobe Rahmen einer möglichen Übereinkunft scheint absehbar.

Eine Stabilisierung Syriens wird unter Bashar al-Assad nicht gelingen. Weder ist das Regime unter Assad zu echten Verhandlungen mit der Opposition bereit, noch würde die Opposition Assad als Partner in einem Übergangsprozess akzeptieren. Da sich Assad nicht freiwillig zurückzieht, muss dies unter Druck erfolgen. Ideen zu Alternativen gibt es. Sie reichen von einem Transfer von Assads Befugnissen hin zu einem oder mehreren Stellvertretern und/oder der Ermächtigung von durch Moskau auserlesenen syrischen Generälen, bis hin zur Konstituierung eines Übergangsrates bestehend aus Führern des Regimes und gemäßigten Oppositionsgruppen. Moskau wäre gut beraten, so etwas in Erwägung zu ziehen. Denn es mag zwar sein, dass ein Führungswechsel die Stabilität des Regimes und letzter staatsähnlicher Strukturen riskiert. Und das in der nur vagen Hoffnung auf einen Verhandlungsprozess. Nur: Eine Fortsetzung des Status quo wäre mindestens ebenso riskant, böte aber im Gegensatz zur Alternative keine Hoffnung auf eine Besserung der Lage. Einen Führungswechsel zu wagen, scheint die bessere Strategie zu sein. Die USA und die syrischen Oppositionsgruppen umgekehrt müssten sich mit dem Gedanken anfreunden, dass Assads Abtritt zunächst die einzige große symbolische Konzession bleibt, und dass jenseits dieser Personalie das Regime in weiten Teilen bestehen bleiben wird. Beide signalisieren hier bereits Flexibilität. Ohnehin wäre ein Fortbestehen großer Teile des Regimes ratsam, denn die Beseitigung staatlicher Strukturen

beispielsweise wie im Irak nach 2003 sowie des Gaddafi-Regimes in Libyen gehören ja zu den Ursachen der heutigen Instabilität dieser Länder. Ganz abgesehen davon, dass eben auch die Anhänger des Regimes Teil der Zukunft Syriens sein müssen. Vielleicht wird sogar Assad, als Konzession an Russland und um einen Übergangsprozess zu stabilisieren, vorübergehend eine Rolle in einem Übergangsprozess zukommen müssen. Wenn auch nicht in einer Führungsposition; das wäre für die Opposition inakzeptabel. Hier zeigt zumindest Washington Kompromissbereitschaft. Hinsichtlich der Regimegegner besteht noch darin Konsens, dass es mit Akteuren wie dem IS und der al-Nusra Front kaum eine Chance auf einen friedlichen Ausgleich gibt. Jenseits dessen gibt es jedoch eine Vielzahl von Oppositionsgruppen, die unbenommen ihrer ideologischen Gesinnung am Verhandlungstisch werden sitzen müssen. Damit müsste sich Russland erneut arrangieren.

Es bleibt die Frage, ob und wie Syrien ein Übergangsprozess diktiert werden kann. Dieses Problem scheint weit weniger gravierend, wenn Moskau als Partner direkt an der Agendasetzung beteiligt ist. So hat Russland zunächst einmal weitaus weniger Einwände gegen eine Einflussnahme auf die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, wenn

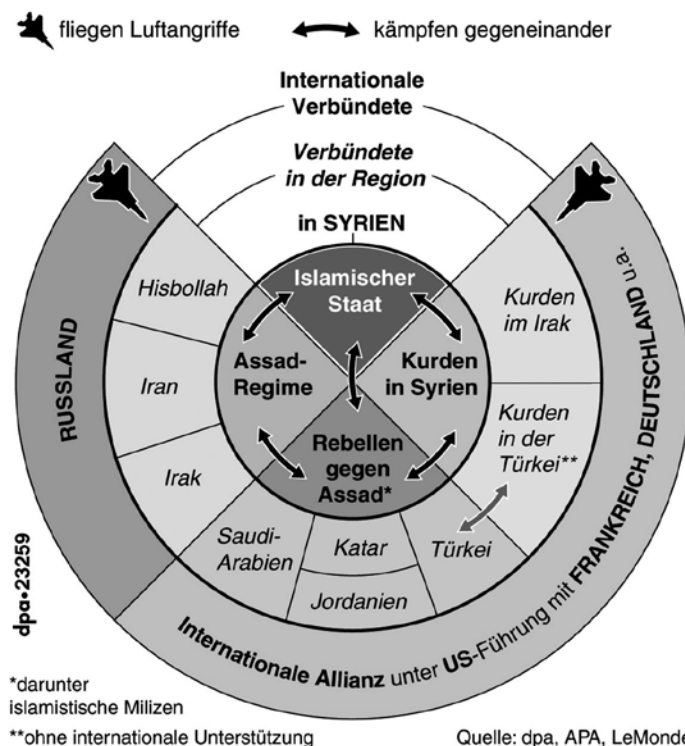
es selbst über die Inhalte sowie die Art und Weise der Einflussnahme mitbestimmen kann. Zudem ist Russland in der komfortablen Lage, Syrien keine Einmischung androhen zu müssen: Druck kann es ausüben, indem es seine Intervention dort an Bedingungen knüpft.

Chancen einer Einflussnahme seitens der USA und Russlands

Es wäre naiv zu glauben, dass die USA und Russland nahöstlichen Staaten einfach ihren Willen aufzwingen können: Die Staaten der Region verfolgten stets selbstbewusst ihre eigene Agenda. Gerade in Fragen von Krieg und Frieden konnten sich die Supermächte in der Region oft schwer durchsetzen: Riskante konfrontative Politiken regionaler Partner (beispielsweise im Falle arabisch-israelischer Kriege) wurden von Washington und Moskau oft allenfalls geduldet bzw. eher widerwillig und zurückhaltend unterstützt. Die Region birgt viele Beispiele, bei denen sprichwörtlich „der Schwanz mit dem Hund wedelte“.²³

Trotzdem können die USA und Russland gemeinsam etwas bewirken. Russland bedient sich gegenüber Syrien bereits einer eleganten Form der Einflussnahme: Die Fortset-

Derzeitige Konfliktparteien und Allianzen



zung der für das Regime lebensnotwendigen russischen Unterstützung wird durchaus an Folgebereitschaft geknüpft. So wies der russische UN-Botschafter Vitalij Tschurkin am 18. Februar 2016 wenig dezent darauf hin, dass die syrischen Geländegewinne alleine der russischen Luftwaffe zu verdanken seien und warnte das syrische Regime vor einer Blockade der von Russland mitgetragenen Verhandlungsrunde. Die Ankündigung eines Teil-Abzugs russischer Truppen folgte am 14. März, nachdem das syrische Regime unverändert auf einen Sieg pochte.²⁴ Ohne Moskaus Unterstützung wäre es schlecht um das Assad-Regime bestellt, das gibt Russland einigen Einfluss.

Die USA haben es schwerer, Einfluss auf ihre regionalen Partner auszuüben, haben aber Druckmittel gerade im sensiblen Sicherheitsbereich in der Hand. Angesichts der regionalen Sicherheitslage und des Wettbewerbs mit Iran investieren die Golfstaaten derzeit massiv in ihr Militär. Die GCC-Staaten haben zwischen 2010 und 2014 ihre Rüstungsimporte im Vergleich zum Zeitraum von 2005 bis 2009 um 54% gesteigert; Saudi Arabien hat seine Importe sogar vervierfacht.²⁵ Extremfälle wie Oman und Saudi Arabien gaben 2014 unglaubliche 13,4% bzw. 10,7% ihres Bruttoinlandsprodukts für Rüstungsgüter aus.²⁶ Ca. 96% der Rüstungsimporte der arabischen Golfstaaten zwischen 2011 und 2015 (ein Wert von ca. 20 Milliarden Dollar) kamen dabei aus Nordamerika und Europa.²⁷ Für die Golfregion wäre ein Ausfall der Lieferungen aus dem Westen teils schwer zu kompensieren; systemspezifisches Zubehör und Ersatzteile sowie Munition für moderne Waffensysteme sind über Drittanbieter schwer erhältlich. Die Basen der USA in der Region gelten den arabischen Golfstaaten zudem als wirkungsvolle Abschreckung gegen mögliche Aggressoren (d.h., derzeit, Iran). Es gibt hier wenig Alternativen zu der Präsenz der USA. In ihren Außen- und Sicherheitspolitiken sind die arabischen Golfstaaten auf die USA und ihre westlichen Partner angewiesen, und solange das so ist, haben diese Einfluss auf die Sicherheitspolitik in der Region. Die USA sollten ihre Zusammenarbeit mit den Golfstaaten dabei keinesfalls grundsätzlich infrage stellen. Zu unglaubwürdig wäre dies, zu groß wäre trotzdem das Risiko, dass die arabischen Golfstaaten ihre Sicherheit dann auf anderen, riskanteren Wegen suchen wür-

den. Die USA und ihre westlichen Verbündeten sollten ihren Partnern am Golf gegen existenzielle Bedrohungen weiterhin den Rücken stärken. Dabei müssen jedoch gerade im Falle offensiver Politiken engere Grenzen gezogen werden, wie es das (Negativ-) Beispiel Großbritannien zeigt: Das Land hat sich alleine im Jahr 2015 u.a. mit Waffenlieferungen in Höhe von 3 MRD GBP an der desaströsen Kampagne Saudi Arabiens im Jemen beteiligt.²⁸ Wenn man die Lieferung von Rüstungsgütern in die Krisenregion bzw. Interventionen in der Region schon nicht grundsätzlich überdenkt, sollte man diese zumindest davon abhängig machen, dass sie der Stabilitätssicherung dienen.

Ziehen die USA und Russland an einem Strang, stehen die Chancen gut, dass das Regime in Syrien russischen Forderungen nachgibt, und es besteht immerhin die Möglichkeit, dass zumindest manche Golfstaaten sich stärker einem inklusiven politischen Stabilisierungsprozess in der Region und speziell in Syrien öffnen. Dass ein Hoffen auf den Einfluss Russlands und der USA nicht illusorisch ist, zeigen Erfahrungswerte: Syriens Beitritt zum Chemiewaffenübereinkommen und die rasche Abrüstung der Chemiewaffen unter widrigsten Bedingungen sind dafür ein Beispiel. Der erstaunlich dauerhafte Waffenstillstand in diesem Frühjahr ein weiteres.

Frieden gibt es in Syrien nur durch Druck von außen

Nach fünf Jahren Bürgerkrieg in Syrien und angesichts der Destabilisierung der Region bleibt nur eine diplomatische Lösung des Konflikts. Diese muss die Grundlage für einen syrischen Friedensprozess, eine Eindämmung des regionalen Konflikts und die Zerschlagung des radikalislamischen Terrorismus bereiten. Natürlich kann es dabei keinen Ausgleich zwischen syrischen Bürgerkriegs- bzw. den regionalen Konfliktparteien ohne deren Zutun geben. Leider scheinen diese zu einer gemeinsamen Deeskalation aber nicht willens oder in der Lage zu sein. Die von Saudi Arabien geführten arabischen Golfstaaten sowie Iran und seine Partner befinden sich in einer Eskalationsspirale und fürchten relative Gewinne des Gegners, die Türkei kämpft für letztlich innerstaatliche Interessen. Kooperation sowie friedlicher Ausgleich wird so beinahe unmöglich und

Anmerkungen

Fortsetzung von S. 9

- 14 Z.B. Sailer, Matthias 2016: Changed Priorities in the Gulf. Saudi Arabia and the Emirates Rethink Their Relationship with Egypt. SWP Comments 8, <http://bit.ly/1nJH8pF> (13.4.16); Kinninmont, Jane 2016: Saudi Foreign Policy Is in a State of Flux. Chatham House Expert Comment, <http://bit.ly/1RMx1M7> (4.7.16).
- 15 Vgl. Herrera, Yoshiko/Kydd, Andrew/Lukyranov, Fyodor 2015: The U.S. and Russian Interventions in Syria. Room for Cooperation or Prelude to Greater Conflict? Working Group on the Future on U.S.-Russia Relations, Working Paper 5. <http://bit.ly/29KY1ff>, S. 6; (2.7.16).
- 16 Trenin, Dimitri 2016: Russia in the Middle East: Moscow's Objectives, Priorities, and Policy Drivers. <http://ceip.org/1V7t0DY> (10.6.16).
- 17 Eigene Berechnung, Daten gemäß United States Census Bureau, www.census.gov (31.5.16).
- 18 Daten gemäß United Nations Commodity Trade Statistics Database, <http://comtrade.un.org/> (31.5.16).
- 19 Eigene Berechnung, Daten gemäß SIPRI Arms Transfers Database.
- 20 The Heritage Foundation 2016: 2016 Index of U.S. Military Strength. Middle East, <http://bit.ly/1mRsQTg> (30.5.16).
- 21 Pleitgen, Frederik 2016: Russia's Military in Syria: Bigger Than You Think And Not Going Anywhere. CNN, <http://cnn.it/29FGuT7> (30.5.16).
- 22 Z.B. Menkiszak, Marek 2016: Russia and the West: What Went Wrong and Can We Do Better? DGAP/Center for Transatlantic Relations 2016, S. 2; Allison, Roy 2013: Russia and Syria: Explaining Alignment with a Regime in Crisis. *International Affairs* 89: 4, 795–823.
- 23 Siehe z.B. Karsh, Efraim 2003: *Rethinking the Middle East*. London and Portland (OR): Frank Cass, 73ff; Karsh, Efraim 2015: *The Tail Wags the Dog: International Politics and the Middle East*. New York (u.a.): Bloomsbury.
- 24 ICG 2016: *Russia's Choice in Syria*. Crisis Group Middle East Briefing Nr. 47, 29.3.2016, S. 3f.
- 25 SIPRI 2015: The United States leads upward trend in arms exports, Asian and Gulf states arms imports up, says SIPRI. <http://bit.ly/29Uiq0z> (17.6.16).
- 26 Quelle: Weltbank, <http://bit.ly/29FyaUO> (17.6.16).
- 27 Eigene Berechnung, Daten gemäß SIPRI Arms Transfers Database.
- 28 Boffey, Daniel 2016: EU criticises British arms sales to Saudi Arabia. <http://bit.ly/2abId3E> (9.6.16).

es kann keinen Gewinner geben. Als Mittel gegen diese Form kurzsichtiger Machtpolitik gilt mitunter Machtpolitik stärkerer Staaten, die Kooperation – in diesem Fall einen Friedensprozess zwischen den Konfliktparteien – erzwingt.

Das zu leisten, dazu sind die USA und Russland vielleicht in der Lage und angesichts gemeinsamer Interessen hoffentlich auch zunehmend willens. Gelänge es, sich mit den regionalen Protagonisten auf gemeinsame Sicherheitskooperation zu verständigen, wäre vieles möglich: Eine Fortsetzung und, falls eine entsprechende Einigung in Syrien erzielt werden kann, auch eine militärische Absicherung eines Friedensprozesses zwischen Syriens Konfliktparteien z.B. mittels einer ausreichend starken Friedenstruppe, lägen dann in Reichweite. Gemeinsam könnten die USA und Russland einen solchen Prozess nicht nur auf ein solides völkerrechtliches (UN-) Fundament stellen, sondern auch mit den notwendigen Ressourcen ausstatten. Der regionale Konflikt ließe sich durch ausreichenden Druck vielleicht in Richtung eines diplomatischen Ansatzes kanalisieren. Mindestens aber würde der regionalen Konfrontation ein Dämpfer verpasst, würden ihr einige Ressourcen gerade im offensiven Bereich entzogen: Ohne Bomben bombt es sich schwerer, und Rüstungswettläufe und Bedrohungsspiralen verlaufen ohne willige Waffenlieferanten viel gemächlicher. Bleiben die USA und Russland und mit ihnen die internationale und regionale Gemeinschaft jedoch gespalten, besteht die Gefahr, dass der regionale Konflikt und mit ihm Bürgerkrieg und Terror weiter in der Region expandieren.

Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Str. 27–31, 60329 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

Grund genug, Russland und die USA an ihre Verantwortung als permanente Sicherheitsratsmitglieder zu erinnern und sie bei deren Wahrnehmung zu unterstützen: Europa könnte eine Normalisierung seiner Beziehungen mit Russland diskret mit dessen Syrienpolitik verknüpfen. Die Regierung in Moskau ist derzeit kaum kritikwürdiger als jene in Ankara, mit der schließlich auch verhandelt wird. Die EU und speziell Deutschland könnten gemäß ihren Stärken neben etwaiger Zwangsdiplomatie der Großmächte eine Vermittlerrolle gegenüber der Golfregion spielen. Zudem könnten die europäischen Hauptstädte noch einmal darüber nachdenken, ob sie die Konfrontation am Golf weiterhin mit Waffen ausrüsten sollten, obwohl die momentane Entwicklung der regionalen Sicherheitslage mittelfristig mit wichtigen Sicherheitsinteressen kollidiert. All das böte noch lange keine Garantie für Erfolg. Aber auch bei einem Scheitern aller Bemühungen

um eine Einflussnahme würden sich extraregionale Parteien mit mehr Zurückhaltung zumindest etwas weniger mitverantwortlich für den weiteren Verlauf des regionalen Konflikts machen.



*Daniel Müller ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Programmbe-
reich „Sicherheits- und
Weltordnungspolitik
von Staaten“. Seine
Forschungsinteressen
umfassen Außen- und
Sicherheitspolitik,
Rüstungskontrolle
und Abrüstung im Nahen Osten, mit einem
Fokus auf Ägypten, Syrien und Jordanien.*

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet und seit 2009 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, arbeitet mit rund 60 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in sechs Programmbereichen zu den Themen „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“, „Internationale Institutionen“, „Private Akteure im transnationalen Raum“ sowie „Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden“. Der Programmbereich „Information und Wissenstransfer“ vereint das Projekt „Akademisches Friedensorchestr Nahost“, die „Schlangenbader Gespräche“, das „Friedensgutachten“ sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Zudem arbeiten in der HSFK die programmungebundenen Forschungsgruppen „Politische Globalisierung und ihre kulturelle Dynamik“, „Konflikt und normativer Wandel: Normkonflikte im globalen Regieren“ und die Forschungsgruppe Völkerrecht.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Baseler Straße 27–31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der *HSFK-Standpunkte* ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen. Bitte geben Sie Ihre Adresse für die Zuwendungsbestätigung an.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse IBAN DE27 5005 0201 0200 1234 59

Design: David Hollstein · Layout: HSFK · Druck: Henrich Druck + Medien GmbH

ISSN 0945-9332